

»Das Manifest hat eine Mehrheit«

Linksfraktionschef Oskar Lafontaine über Kritik am Gründungsaufruf und rote Linie Neues Deutschland 1./2. Juli 2006

Nach der Reaktion auf das Manifest aus den Reihen der Linkspartei in Sachsen-Anhalt geistert wieder das Bild vom Kampf zwischen Realos und Linken herum. Die Kritik wird als Versuch angesehen, linke Forderungen in der Programmdebatte zu schwächen. Sehen Sie das als einer der Autoren des »Manifestes« auch so?

Zunächst einmal begrüße ich die Kritik, weil dadurch die Programmdebatte in Gang kommt. Das war ja so gewollt. Dass das Manifest keine tragfähige Basis für die Vereinigung von WASG und Linkspartei sei, wie auch gesagt wurde, ist falsch. Der Gründungsaufruf entspricht der Grundrichtung des Wahlprogramms der WASG und des Chemnitzer Programms der PDS, er findet eine große Mehrheit in beiden Parteien.

Eine Mehrheit gegen Raubtierkapitalismus oder eine für das skandinavische Modell?

Die Kritiker sehen darin einen Widerspruch. Das ist nicht nachvollziehbar. Raubtierkapitalismus meint den internationalen Finanzkapitalismus, das rücksichtslose Vorgehen multinationaler Konzerne in aller Welt und die Öl- und Gaskriege der USA im Vorderen Orient. Warum soll es ein Widerspruch sein, wenn wir das kritisieren und stattdessen das schwedische und dänische Modell befürworten? Das ist doch absurd.

Was ist besser in Skandinavien?

Schweden und Dänemark führen keine imperialistischen Kriege und haben eine Abgabenquote von rund 50 Prozent. Das würde für Deutschland bedeuten, dass wir über 300 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen in den öffentlichen Kassen hätten. Wir könnten bessere Schulen und Universitäten, einen gut ausgestatteten öffentlichen Dienst, einen attraktiven Sozialstaat finanzieren,

Noch liegt die deutsche Abgabenquote aber deutlich darunter, was nicht nur mit Blick auf klamme Landeskassen die Frage nach dem Gestaltungsspielraum aufwirft. Wulf Gallert sagt, er wolle in der Verwaltung kürzen, um soziale Projekte zu erhalten. Das Manifest fordert einen generellen Stopp des Abbaus öffentlicher Stellen. Lässt sich das noch zusammenbringen?

Wer das Ziel hat, politisch mitzugestalten, muss sagen, was er tun will. In Deutschland sind nur 16 Prozent aller Beschäftigten im öffentlichen Sektor tätig. Das ist der niedrigste Wert in Europa. In Schweden und Dänemark sind es über 30 Prozent, also doppelt so viel. Wenn man in Deutschland weiter Stellen im öffentlichen Dienst abbaut, ist das nicht Mitgestalten, sondern ein Zurückweichen vor der seit Jahren praktizierten Politik des Sozialabbaus, die ja mit steigender Arbeitslosigkeit und mit einer Plünderung der öffentlichen Kassen einhergeht.

Das Manifest begrenzt Handlungsoptionen, jedenfalls was das Mitregieren angeht. Mit der SPD ist auf der Grundlage des Gründungsaufrufes keine Koalition vorstellbar. Ist das der Grund für die Kritik aus Sachsen-Anhalt?

Das Manifest will Arbeitszeitverkürzung. In Berlin gab es in einer Zeit, in der überall sonst die Arbeitszeit ohne Lohnzuwachs verlängert wurde, eine Arbeitszeitverkürzung bei sozial gestaffeltem Lohnausgleich. Das ist linke Politik und zeigt beispielhaft: Die Linke kann ihre Handschrift in der Zusammenarbeit mit der SPD deutlich machen. Noch wichtiger sind Ansätze in Schwerin und jetzt in Berlin, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse zu beseitigen und mit dem vorhandenen Geld gesicherte Stellen zu schaffen. Bei der Bekämpfung von Minijobs und Midijobs können Politiker der Linken vorangehen, wenn sie in den Ländern Verantwortung tragen. Und wer sonst als die Linke soll den Privatisierungswahn stoppen?

Für die roten Linien, die eine neue Linke nicht überschreiten dürfe, werben sie seit Monaten. Was, wenn die Partei sie doch überschreitet?

Die Partei als ganze wird das nicht tun. Aber wir werden wie in Dresden und in Berlin immer wieder darum kämpfen müssen, dass nicht weiter privatisiert wird, weil Kommunal- und Landespolitiker meinen, sie müssten aus Haushaltsgründen öffentliches Vermögen veräußern. Mein Eindruck ist, dass die Mehrheit der beiden Parteien weiß, dass dieser Weg falsch ist. Eine Partei, die sich links nennen will, darf Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, weder Schulen noch Krankenhäuser, nicht veräußern.

Und wie hält es die neue Linke mit dem privaten Eigentum? Es wird gesagt, die Programmatik der PDS sei schon mal weiter gewesen, weil sie sich für Mischformen beim Eigentum ausgesprochen hat.

Da hätten die Kritiker das Manifest etwas aufmerksamer lesen sollen, denn auch darin sprechen wir uns für verschiedene Eigentumsformen aus. Wir wollen Schlüsselindustrien verstaatlichen und die 2,9 Millionen Kleinunternehmen in Deutschland unterstützen, die weniger als zehn Beschäftigte oder zehn Millionen Umsatz haben.

Also ein bisschen Sozialismus und ein bisschen Kapitalismus?

So einfach ist das nicht. Wir plädieren etwa bei der Energiewirtschaft ja nicht nur für gesellschaftliches Eigentum, sondern auch für die staatliche Genehmigung der Energiepreise. Es geht also um die Frage des Eigentums und um die Frage, welche Regeln die Unternehmen bei ihrer Arbeit beachten müssen. Das gilt auch für den Bankensektor. In beiden Bereichen gibt es genügend Beispiele, dass reine Verstaatlichung nicht davor bewahrt, dass starke Unternehmen ihre Stellung missbrauchen. Nur wenn sie Regeln unterworfen werden, die demokratisch bestimmt sind, erfüllen sie voll ihren gesellschaftlichen Auftrag. Wir sehen in Markt und Wettbewerb eben nicht nur Möglichkeiten, den gesellschaftlichen Wohlstand zu steigern. Sondern Markt und Wettbewerb führen auch zu Dezentralisierung und Einschränkung wirtschaftlicher Macht. Der Vater des Ordoliberalismus, der Freiburger Ökonom Walter Eucken, sagte: Es geht nicht um die Kontrolle, sondern um die Verhinderung wirtschaftlicher Macht.

In der nächsten Woche trifft sich die Linksfraktion in Rostock-Warnermünde zu einer Klausur. Wie fällt neun Monate nach den Wahlen Ihr Fazit aus?

Die Linke hat eine große Zahl von Initiativen im Bundestag eingebracht, die unser Profil nachhaltig von dem der anderen Parteien absetzen. Wir sind für die Abschaffung von Hartz IV. Wir plädieren für die Möglichkeit des Generalstreiks und vertreten in der Außenpolitik als einzige Fraktion die konsequente Beachtung des Völkerrechts – um nur einige Beispiele zu nennen. Die neue Linke im Bundestag ist auch deshalb ein Erfolg, weil die anderen Parteien längst auf uns reagieren und weil wir trotz der internen Querelen der letzten Monate eine stabile Zustimmung von neun bis zehn Prozent beim Wähler haben. Nur ein eigenständiges linkes Profil sichert Wahlerfolge, die Anpassung an den neoliberalen Zeitgeist führt zu massiver Wahlenthaltung und zum weiteren Niedergang der Linken.